Bitte beenden Sie Ihr Schweigen !

Offener Brief zur aktuellen Situation in der Ukraine

Großhennersdorf, den 27. Januar 2014

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier,

dieses Jahr jährt sich zum 25. Mal die Friedliche Revolution und der Mauerfall. Nach fast 60 Jahren ununterbrochener Diktatur im Osten Deutschlands hat unser Volk das Tor aufgestoßen zu Freiheit und Demokratie in einem vereinten Deutschland. Wir tun in diesem Land alles, um die Bedeutung und die Würde dieser Ereignisse im Bewusstsein der Menschen wachzuhalten. Es heißt zu recht, dass wir aus diesem Geist heraus Gegenwart und Zukunft unsers Landes und Europas mitgestalten.

Wir Deutschen waren auf diesem Weg seit 1989 nie allein und haben nach anfänglicher Irritation, auch einiger großer Mächte, ein einhelliges Votum für unsere erkämpfte Chance bekommen. Nun dürfen wir aber über diese Erfolgsgeschichte um Himmelswillen nicht vergessen, dass sich daraus für uns die sehr große Verpflichtung ergibt, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln auch denen beizustehen, die unseren Werten verpflichtet um ihre Freiheit in Europa kämpfen.

An dieser Stelle müssen wir unbedingt über die Ukraine reden. Mit Bestürzung müssen wir feststellen, dass Sie, die derzeitigen politischen Repräsentanten unseres Landes, dieser Verantwortung in keiner Weise gerecht werden. Der millionenfach artikulierte Ruf nach Freiheit vom Majdan in Kiew und inzwischen aus fast allen anderen Landesteilen der Ukraine hat einen klaren und unmissverständlichen Beistand im Namen unseres Volkes und des freien Europas verdient. Und das besonders in einer Situation, in der nun auch die äußerste Gewaltanwendung des Regimes Janukowitsch zu befürchten ist und Russlands Regierung offen neoimperial agiert. Sie dürfen uns nicht missverstehen, wenn wir klare und deutliche Assoziationen zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 haben, besonders zum Versagen von damals.

Wir wissen, dass den aufständigen Ukrainern sehr bewusst ist, dass sie sich von Deutschland und der EU nicht zuviel versprechen können. Aber sie müssen erwarten dürfen, dass insbesondere Sie ganz klar die grundsätzliche Legitimität ihres Protestes herausstellen, dass Sie die politischen Ziele unterstützen und dass Sie klar benennen, welche Bedeutung eine freie Ukraine für Deutschland hat. Wir erwarten, dass Sie sich in der EU dafür einsetzen, dass der Ukraine im Rahmen des ausgearbeiteten Assoziierungsabkommens eine eineindeutige europäische Perspektive aufgezeigt wird. Wir erwarten weiterhin dringlich, dass Deutschland und die EU mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dem russischen Präsidenten deutlich machen, dass das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes als allerhöchstes Gut betrachtet wird. Setzen Sie sich ohne Wenn und Aber öffentlich dafür ein, dass die Regierung Janukowitsch sofort zurücktritt, um den Weg für Neuwahlen freizumachen und machen Sie ebenso deutlich, dass Sie die Ukraine nicht mehr als Janukowitsch's innere Angelegenheit betrachten.

Die Zeit drängt !

Wir fühlen uns ausdrücklich dem Inhalt und Geist des Appells von Tomasz Różycki an die polnische Regierung verbunden (siehe Anhang).

In respektvoller Hochachtung,

Andreas Schönfelder, Thomas Pilz
Umweltbibliothek Großhennersdorf

An

den Sejm, den Premierminister, den Außenminister der Republik Polen, an alle, die handeln können und sollten:

Hiermit appelliere ich an die

Regierenden der Republlik Polen, mit sofortiger Wirkung Sanktionen gegen die aktuellen Machthaber in der Ukraine – mit Wiktor Janukowytsch an der Spitze – zu verhängen, da ihnen die Eskalation des Widerstands, das Blutvergießen, die Vernichtung der Demokratie in der Ukraine und der Kampf gegen das eigene Volk anzulasten sind. Das schiere Ausmaß der Gewalt, der Missachtung der Menschenwürde und der bürgerlichen Freiheiten, für die das heutige politische Regime die Verantwortung trägt, ist ein unvorstellbarer Skandal, der die europäischen Werte herabwürdigt, auf die wir doch so stolz sind. Dort sterben Menschen. Ich vermag mir nicht vorzustellen, dass Polen gelassen ein weiteres Blutvergießen abwartet, Gewalt und Diktatur toleriert und zulässt. Ich rufe hiermit zum diplomatischen Handeln auf, wenn es tatsächlich Werte gibt, die uns einen und nach denen wir leben wollen. Die Ukrainer, die in unser Europa wollen, wollen in ein Europa, das seine Freiheiten verteidigt, nicht in ein Europa, dass die Missachtung menschlichen Lebens und der Menschenwürde kalt lässt. Worauf warten wir noch? Jede Stunde des Zauderns kann das Leben weiterer Opfer kosten.

Tomasz Różycki

Donnerstag, 23.01.2014 | 2399 Aufrufe

Offener Brief von Jurij Andruchowytsch

Liebe Freunde und vor allem internationale Journalisten und Redakteure,

an diesen Tagen bekomme ich von Ihnen sehr viele Briefe mit Bitten, die aktuelle Situation in Kiew und in der Ukraine generell zu beschreiben, das, was gerade passiert, zu bewerten und meine Vision wenigstens der nächsten Zukunft zu formulieren. Da ich einfach rein physisch nicht imstande bin, für jede Ihrer Zeitschriften einen ausführlichen analytischen Aufsatz zu verfassen, habe ich mich für diese kurze Ansprache entschieden, die jeder von Ihnen je nach Bedarf verwenden kann.

Die wichtigsten Dinge, die ich Ihnen sagen muss, sind folgende:

Während der knapp vier Jahren seiner Herrschaft brachte das Regime des Herrn Janukowytsch das Land und die Gesellschaft bis zu einem Zustand äußerster Spannung. Noch schlimmer – es trieb sich selbst in eine Sackgasse, wodurch er sich auf Dauer und mit allen Mitteln an der Macht halten muss, um nicht strafrechtlich hart zur Verantwortung gezogen zu werden. Die Dimensionen des gestohlenen und rechtswidrig angeeigneten übersteigen jegliche Vorstellungen von menschlicher Habsucht.

Die einzige Antwort, die dieses Regime schon seit über zwei Monaten gegenüber den friedlichen Protesten verwendet, ist die Gewalt, und zwar eine eskalierende, eine „kombinierte“ Gewalt: Angriffe der Polizeisondertruppen auf den Maidan werden ergänzt durch individuelle Verfolgung oppositioneller Aktivisten und einfacher Teilnehmer der Protestaktionen (Beobachtung, Prügel, Verbrennung von Autos und Wohnungen, Einbrüche, Verhaftungen, Gerichtsprozesse wie vom Fließband). Das Schlüsselwort ist dabei die Einschüchterung. Da es nicht funktioniert und die Menschen um so massenhafter protestieren, greift das Regime zu immer härteren Repressalien.

Eine entsprechende „Rechtsgrundlage“ schuf es am 16. Januar, als die vom Präsidenten völlig abhängigen Abgeordneten mit allen möglichen Prozedur-, Tagesordnungs- und sogar Verfassungsverletzungen durch Handheben (!) innerhalb von wenigen Minuten (!) über eine Reihe von Gesetzesänderungen abstimmten, die tatsächlich im Land eine Diktatur und einen Ausnahmezustand einführten, ohne den explizit ausrufen zu müssen. Indem ich zum Beispiel diesen Text schreibe und verbreite, falle ich unter einige strafrechtliche Paragraphen daraus, etwa für Dinge wie wie „Verleumdung“, „Aufhetzung“ etc.

Nun ja, wenn man diese Gesetze akzeptiert, muss man davon ausgehen, dass in der Ukraine alles verboten ist, was von den Machthabern nicht erlaubt wird. Und erlaubt ist nur eines – zu gehorchen.

Die ukrainische Gesellschaft akzeptierte diese „Gesetze“ nicht, und am 19. Januar trat sie wieder zahlreich auf – um ihre Zukunft zu verteidigen.

In den Fernsehnachrichten aus Kiew können Sie heute Protestierende in aller Art Helmen und Masken sehen, manche haben Holzstöcke in der Hand. Glauben Sie nicht, dass das irgendwelche „Extremisten“ „Provokateure“ oder „Rechtsradikale“ sind. Auch meine Freunde und ich gehen zu unseren Kundgebungen jetzt in solcher oder ähnlicher Ausstattung. In diesem Sinne wären heute auch ich, meine Frau, meine Tochter und unsere Freunde „Extremisten“. Es bleibt uns nichts übrig: wir schützen das Leben und die Gesundheit – von uns und von unseren Angehörigen. Auf uns schießen Soldaten der Sicherungsstreitkräfte, unsere Freunde werden von ihren Scharfschützen umgebracht. Die Zahl der getöteten Aktivisten betrug nur im Regierungsviertel und nur an den zwei letzten Tagen nach verschiedenen Angaben 5 oder 7 Personen. Dutzende Menschen in Kiew sind verschollen.

Wir können die Proteste nicht stoppen, denn das würde bedeuten, dass wir mit einem Land in der Form eines lebenslangen Gefängnisses einverstanden sind. Die junge Generation der Ukrainer, die in der postsowjetischen Zeit aufgewachsen sind, akzeptiert grundsätzlich keine Diktatur. Wenn die Diktatur siegt, wird Europa mit der Aussicht eines Nordkoreas an seiner Ostgrenze rechnen müssen und – nach unterschiedlichen Einschätzungen – mit zwischen 5 und 10 Millionen Flüchtlingen. Ich will Ihnen keine Angst machen.

Wir haben hier die Revolution der Jungen. Der unerklärte Krieg der Macht ist vor allem gegen sie gerichtet. Abends, wenn es dunkel wird, bewegen sich unbekannte Gruppen von „Menschen in Zivilkleidung“ durch Kiew, die hauptsächlich junge Menschen angreifen, vor allem diejenigen, die die Maidan-Symbole – sprich EU-Symbole – tragen. Diese Menschen werden entführt, in den Wald

gebracht, dort entkleidet und in der bitteren Kälte gefoltert. Seltsamerweise sind Opfer von solchen Festnahmen am häufigsten junge Künstler – Schauspieler, Maler, Dichter. Man hat den Eindruck, als ob irgendwelche „Todesschwadrone“ ins Land eingelassen worden wären, deren Aufgabe es ist, das Beste, das es hat, zu vernichten.

Noch ein markantes Detail: Die Polizisten nutzen Kiewer Kliniken als Fallen für verletzte Protestierende, nehmen sie dort fest und (ich wiederhole – Verletzte!) verschleppen sie zum Verhör in unbekannte Richtung. Es ist extrem gefährlich geworden, auch für einfache Passanten, die zufällig mit einem Splitter einer Polizei-Kunststoffgranate verwundet worden sind, sich ins Krankenhaus zu wenden. Ärzte sind ratlos und überlassen ihre Patienten den sogenannten „Rechtsschützern“.

Zusammenfassend: In der Ukraine sind Verbrechen gegen Menschlichkeit im vollen Gange, für die die heutige Macht verantwortlich ist. Wenn es in dieser Situation auch wirklich Extremisten gibt, so ist das die Spitze des Staates.

Und nun zu den beiden Ihren Fragen, die für mich traditionell am schwierigsten sind: Ich weiß nicht, was weiter kommt, und ich weiß nicht, was Sie für uns tun können. Sie können jedoch diese meine Ansprache je nach Ihren Möglichkeiten und Kontakten verbreiten. Und noch – leiden Sie mit uns mit. Denken Sie an uns. Wir werden trotzdem gewinnen, trotz aller Ausschreitungen. Das ukrainische Volk erkämpft die europäischen Werte einer freien und gerechten Gesellschaft schon jetzt ohne Übertreibung mit eigenem Blut. Ich hoffe sehr, dass Sie das schätzen werden.

23. Januar 2014 // **Jurij Andruchowytsch**

Übersetzerin: **Olha Sydor** (kleine redaktionelle Anpassungen: **Martin Dietze**)

Mit sehr herzlichem Gruß, Ines Geipel
Pressemitteilung des Doping-Opfer-Hilfevereins (DOH)

Kritik der Dopingopfer an Sotschi:
"Die olympische Idee wird auf dem Majdan-Platz verteidigt und nicht in Sotschi"
Eklatante Verstösse des IOC gegen die olympische Charta / "Humanitäre Bankrotterklärung"

Berlin. Eine Woche vor Eröffnung der Olympischen Winterspiele hat der Doping-Opfer-Hilfeverein (DOH) den Zustand des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und der Olympia-Stadt Sotschi als Ausverkauf der Werte des Sports und als humanitäre Bankrotterklärung kritisiert. Die herausstechenden Merkmale stellen sich laut einer DOH-Mitteilung so dar: „Geknebelte Menschenrechte, exorbitanter Raubbau an der Umwelt und die Olympische Stätte Sotschi eine einzige Hochrisikozone“. Dazu kämen eine "Mega-Korruption, bedrohte und getötete Journalisten, Internetüberwachung sowie hohe Terrorgefahr", das Nachbarland Ukraine befinde sich nahe am Bürgerkrieg. "Der russisch-olympische Mummenschanz treibt das globale Fest des Sports in die Großkrise und macht seinen Totalausverkauf wie unter dem Brennglas nur umso deutlicher", sagte die DOH-Vorsitzende Ines Geipel.

Die in Berlin ansässige Organisation der Doping-Geschädigten wirft dem IOC eklatante Verstösse gegen die eigenen Statuten vor. In Regel 2 der olympischen Charta verpflichte sich das IOC, "den Kampf gegen das Doping im Sport anzuführen", „gegen jede Form der Diskriminierung vorzugehen“, „jedem politischen und kommerziellen Missbrauch des Sports und der Athleten entgegenzutreten" sowie „einen verantwortungsvollen Umgang mit Umweltbelangen zu stärken und zu unterstützen“. Außerdem habe das IOC die Verpflichtung, „mit den zuständigen öffentlichen und privaten Organisationen und Behörden zusammenzuarbeiten, um den Sport in den Dienst der Menschheit zu stellen und dadurch den Frieden zu fördern“. Es sei, so der DOH, das IOC selbst, das die Idee des Olympismus aushöhle, gegen die selbstgesetzten Präambeln verstosse und die Olympische Bewegung ad absurdum führe: „Die Olympischen Spiele aber gehören nicht entgrenzten Machtdealern zur allgemeinen Ausplünderung, sondern der Jugend der Welt“.

Der Doping-Opfer-Hilfeverein fordert die internationalen Medien auf, ihre Kameras während der olympischen Eröffnungsfeier in Sotschi „auf die erschöpften, verzweifelten und doch so mutigen Gesichter auf dem Majdan-Platz zu halten“ und nicht auf Rußlands Präsident Putin oder IOC-Chef Bach. „Die Olympische Idee wird von der Jugend in Kiew verteidigt und nicht in Sotschi, daher gilt die Solidarität Vitali Klitschko und der Demokratiebewegung in der Ukraine. Der Geiselhaft des Olympismus durch Wladimir Putin und durch das IOC muß energisch entgegengetreten werden“, sagte die DOH-Vorsitzende Ines Geipel abschließend.

Doping-Opfer-Hilfe e.V.
Berlin, 31. Januar 2014